

„Wissen, dass manche Leute daran knabbern“

Schwäbisch Gmünd – Wenige Themen werden derzeit im Ostalbkreis heftiger diskutiert, als die Müllgebühren. Im Dezember hatte der Kreistag eine Erhöhung der Entgelte und eine Änderung der Strukturen beschlossen. Durch die in den vergangenen Wochen vom Landratsamt verschickten Gebührenbescheide sehen sich manche Bürger „abgezockt“, wie sie zum Beispiel in Dutzenden von Leserbriefen deutlich machten. Grund für die Remszeitung, der Gebührenfrage einmal grundsätzlich nachzugehen.

VON MANFRED LADUCH

Dass dies kein einfaches Unterfangen ist, machen Kreiskämmerer Werner Hubel und der stellvertretende Chef der „Gesellschaft im Ostalbkreis für Abfallbewirtschaftung“ (GOA), Jürgen Schneider, gleich zu Beginn des Gesprächs klar. Wer Gebühren zwischen den einzelnen Landkreisen vergleiche, so heißt es, müsse aufpassen, dass ihm nicht Äpfel und Birnen durcheinander gerieten.

Das Grundsätzliche:

Vom Gesetz sind die Landkreise verpflichtet, die Müllentsorgung für ihre Bürger sicherzustellen. Der Ostalbkreis hat diese Aufgabe – wie praktisch alle anderen – an eine spezialisierte Gesellschaft vergeben. In diesem Fall die GOA, die ihm früher einmal ganz gehörte und an der er nach wie vor 49 Prozent hält. Der Auftrag läuft noch bis 2015, 2014 wird er neu ausgeschrieben.

Zu Beginn des Kooperationsvertrages hat ein neutrales Institut betriebswirtschaftlich ermittelt, was die GOA für ihre Leistung vom Kreis verlangen darf. Um wie viel diese Preise steigen dürfen, wird jedes Jahr landesweit vorgegeben.

Anhand der Kosten, die die GOA dem Kreis in Rechnung stellt, ermittelt die Kreiskämmerei die fälligen Abfallgebühren.

Drei Jahre nicht mehr erhöht

In den vergangenen drei Jahren wurden die Gebühren nicht mehr erhöht. Das mag angesichts der jetzt anstehenden heftigen Erhöhung von durchschnittlich 15 Prozent ein taktischer Fehler gewesen sein. Zumal im gleichen Zeitraum im Bereich Abfallwirtschaft des Kreishaushaltes acht Millionen Euro Defizit aufliefen.

„Immer auf Besserung gehofft“

„Wir haben immer auf Besserung gehofft“, sagt Werner Hubel. Doch die Kosten stiegen – zum Beispiel durch das Verbot der Deponierung und den Zwang zur Müllverbrennung oder auch durch die dreiprozentige Mehrwertsteuererhöhung.

Gleichzeitig sanken die Gebühreneinnahmen – zum Beispiel durch den illegal verschobenen Gewerbemüll (siehe rechts).

Hausgemachtes Problem

Es gab aber auch ein hausgemachtes Gebührenproblem. In der Absicht, den Kunden eine möglichst breite Tarifstruktur anzubieten, wurden zwei Kategorien geschaffen, die es in anderen Landkreisen überhaupt nicht gibt: Der besonders günstige 30-Liter-Müllsack (eigentlich gedacht für Singles, Senioren, Zweitwohnsitze) und die Müllgemeinschaft (mit der Oma in der Einliegerwohnung als ursprüngliche Zielgruppe).

Was jedoch vom Kreistag als Ausnahmetatbestand angelegt war, wurde aufgrund der attraktiven – weil niedrigen – Gebühren plötzlich zur Regel. Ganze Familien stiegen auf 30-Liter-Müllsäcke um, Nachbarn schlossen sich zu Müllgemeinschaften zusammen. Am Ende fielen 25 Prozent aller Haushalte in diese beiden Kategorien. Ergebnis beim Ostalbkreis: Zwischen 700 000 und

zitäten in Verbrennungsanlagen buchen – bis in die Schweiz. Entsprechend kostspielig war der Transport. Damit nicht genug: Da das Ganze im strengen Winter passierte, wurde jede Menge gefrorenes Löschwasser mittransportiert, am Eingang der Verbrennungsanlagen mitgewogen und schließlich mitberechnet.

Bilanz des Unglücks: Zwei Millionen Euro Kosten, von denen der Kreis als „halber Eigentümer“ der GOA eine Million zu tragen hatte – statt eines in diesem Jahr im Abfallgebühren-Haushalt eingeplanten ordentlichen Gewinns.

Gesetz schreibt Ausgleich vor

Nun schreibt das Gesetz aber vor, dass der Abfallgebühren-Haushalt ausgeglichen sein muss. Defizite sind in einem Zeitraum von maximal fünf Jahren auszugleichen. Hier liegt der eigentliche Grund, warum der Kreistag die starke Erhöhung der Gebühren beschließen musste. Und weil man schon einmal dabei war, wurden die oben beschriebenen hausgemachten Probleme gleich mit behandelt: Die Grundgebühr für Müllgemeinschaften und die Benutzer von 30-Liter-Müllsäcken wurde überproportional angehoben. Besonders aus diesen Kreisen kommt jetzt die heftigste Kritik.

Häufig, so Werner Hubel, bekomme man mit den bösen Briefen Vergleichszahlen mit Grundgebühren aus anderen Kreisen geliefert. Diese Zahlen hätten allerdings das Problem, dass sie nicht so einfach vergleichbar seien.

„All-Inclusive-Lösung“

Denn der Ostalb-Kreistag hat vor vielen Jahren beschlossen – als Service für die Bürger und zur Vermeidung von wilden Müllablagerungen – eine „All-Inclusive-Lösung“ anzubieten. In der Grundgebühr, die zugegebenermaßen deutlich höher sei, als in anderen Kreisen, seien viele Dinge enthalten, für die „auswärts“ häufig extra Gebühren erhoben würden: Sperrmüllkarte, Elektroschrott-Karte, Problemstoffsammlung, zwei Grünabfahren und 73 Grüncontainer. Allein durch deren dichtes Netz (und das der 19 Wertstoffhöfe) spare der Ostalb-Müllkunde jede Menge Fahrtkosten.

Sinkende Gebühren in drei Jahren?

„Wir wissen, dass manche Leute daran knabbern“, ist sich der Kreiskämmerer der Schwierigkeiten dieser Gebührenerhöhung bewusst. Deshalb räume man den Kunden bei Bedarf auch das Zahlen in Monatsraten ein. Und wenn die acht Millionen Defizit in drei Jahren abgetragen seien, könne er sich durchaus auch im Ostalbkreis wieder sinkende Müllgebühren vorstellen.



800 000 Euro Gebührenaussfälle pro Jahr.

Und auch andere Haushalte stuften ihre Abfallmengen häufig zu niedrig ein, um Gebühren zu sparen. „Da wurden 60-Liter-Eimer bis über den Rand gefüllt und dann mit ‚Maulsperre‘ zur Entleerung bereitgestellt“, erklärt Werner Hubel. Die Zahlen sprechen dafür: Mit 57 Prozent aller Haushalte ist der 60-Liter-Eimer der am weitesten verbreitete. Das Problem dabei: „Der Ehrliche, der gleich einen 80- oder 120-Liter-Eimer genommen hat, zahlt dieses Vorgehen mit.“

Ein sehr teurer Zwischenfall

Dann ereignete sich 2006 noch ein sehr teurer Zwischenfall. Mitten in einem großen Berg Gewerbemüll, der auf der Deponie Ellert zwischen Mögglingen und Essingen gelagert war, brach durch einen Gärprozess ein Brand aus. Der wurde zwar durch vereinten Einsatz mehrerer Feuerwehren gelöscht. Danach befahl das Regierungspräsidium jedoch die sofortige Entsorgung des Mülls.

Der Kreis musste alle verfügbaren Kapazitäten